

PRESSEMITTEILUNG

Kulmbach, 3. Mai 2010

Förderstopp für klimafreundliches Heizen

Die vom Bundesfinanzministerium beschlossene Haushaltssperre für das sogenannte „Marktanreizprogramm“ für erneuerbare Energien führt nun endgültig zu einem Förderstopp beim Klimaschutz. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums (BMU) hat das Finanzministerium abgelehnt, dass der Haushaltsausschuss des Bundestags über eine Aufhebung der Sperre berät. Damit können unter anderem Solarkollektoren, Biomasseheizungen und Wärmepumpen ab sofort nicht mehr gefördert werden.

Die für 2010 noch zur Verfügung stehenden Fördermittel sind mit den bereits eingegangenen Anträgen aufgebraucht. Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) werden deshalb keine neuen Förderanträge mehr entgegengenommen.

Die Sperrung der Haushaltsmittel hat auch Auswirkungen auf die Programme der Nationalen Klimaschutzinitiative. Rückwirkend müssen auch Förderprogramme für kleine Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung (Mini-BHKW) und das Programm zur Förderung von Klimaschutzprojekten in Kommunen gestoppt werden. Auch bereits vorliegende, aber noch nicht bewilligte Anträge aus dem vergangenen Jahr stehen damit in der Sackgasse. Ebenfalls betroffen sind gemeinsame Förderprogramme vom BMU und Bundeslandwirtschaftsministerium zur Steigerung der Energieeffizienz in Landwirtschaft und Gartenbau.

Der Link zur heutigen Pressemitteilung des Bundesumweltministeriums:

<http://www.erneuerbare-energien.de/inhalt/45961/4590/>

Dazu folgendes Statement von Wolfgang Böhm, Geschäftsführer der Energieagentur Oberfranken, Kulmbach:

„Nach der Kürzung der Solarstrom-Vergütung ist das der zweite herbe Rückschlag für den Klimaschutz innerhalb kurzer Zeit. Die Bundesregierung setzt dabei unserer Meinung nach ein völlig falsches Signal. Der Förderstopp für klimafreundliches Heizen macht ja allein schon aus finanziellen Gründen keinen Sinn. Immerhin hat jeder Euro Fördergeld sieben Euro an Investitionen ausgelöst, sagt eine Berechnung des Umweltministeriums. So gesehen hat die Bundesregierung allein schon durch die Mehrwertsteuer viel mehr eingenommen, als an Fördergeldern ausgegeben.“

Natürlich ist zum Beispiel bei der Installation eines Solarkollektors der vergleichsweise geringe Förderbetrag nicht das einzig Ausschlaggebende. Wir haben aber im direkten Gespräch mit den Bürgern die Erfahrung gemacht, dass der Zuschuss ein wichtiger Anreiz ist, über das Thema Erneuerbare Energien überhaupt nachzudenken. Daher hatte das Marktanreizprogramm ja seinen Namen. Wenn dieser Anreiz wegfällt, werden solche Investitionen eben nicht getätigt oder zumindest um Jahre verschoben.

Wenn die Bundesregierung ihre Klimaschutzziele wirklich erreichen will, dann darf sie den Bereich ‚Heizung‘ nicht ausklammern. Hier entsteht nach wie vor der Löwenanteil der CO₂-Emissionen im Privathaushalt. Außerdem werden dadurch viele Arbeitsplätze bei Herstellern und beim heimischen Handwerk aufs Spiel gesetzt – auch bei uns in Oberfranken.“

Zur Erklärung:

Das Marktanzreizprogramm ist Teil des Erneuerbaren-Energien-Wärmegesetzes (EEWärmeG). Ursprünglich waren im Bundeshaushalt für dieses Jahr knapp 300 Millionen Euro für das umweltschonende Wärmen eingeplant, 115 Millionen sind nun endgültig der Haushaltssperre zum Opfer gefallen.

Vor dem drohenden Förderstopp hatte der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) bereits seit Wochen gewarnt. "Mit der endgültigen Haushaltssperre für das Marktanzreizprogramm wird das einzige funktionierende Instrument für den Umbau des Wärmebereichs lahmgelegt. Nachdem die letzte Regierung bereits die Biokraftstoffbranche in Deutschland vor die Wand gefahren hat, macht sich die jetzige daran, die regenerative Heizungsindustrie abzuwürgen", erklärte heute BEE-Präsident Dietmar Schütz.

Obwohl sich die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag auf das Ziel festgelegt habe, die Erneuerbaren Energien konsequent auszubauen, fühle sich das Finanzressort dieser gemeinsamen Aufgabe offenbar nicht weiter verpflichtet. Die zugesagten Klimaschutzanstrengungen würden damit nach dem Scheitern der internationalen Verhandlungen auch auf nationaler Ebene immer ungewisser. Schütz: "Angesichts der mangelnden Verlässlichkeit politischer Zusagen müssen die Verbraucher den Klimaschutz selbst in die Hand nehmen."

2009 war die Wärmegewinnung aus regenerativen Energiequellen mit Rekordbeträgen gefördert worden. Durch jeden Förder-Euro wurden nach Angaben des Umweltministeriums rund 7 Euro an Investitionen ausgelöst. Allein die daraus generierten Mehrwertsteuereinnahmen seien fast doppelt so hoch wie die Ausgaben für das Marktanzreizprogramm, so der BEE.

Quellen: BMU, BEE, www.wir-klimaretter.de

Markus Ruckdeschel, Pressesprecher
presse@energieagentur-oberfranken.de

Energieagentur Oberfranken
Kressenstein 19
95326 Kulmbach

Tel.: 09221 / 8239 - 26
Fax: 09221 / 8239 - 29